

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4199



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 3 61, Belle-Alliance Platz 6
Druckerei: Copeland

Die Bestellung erfolgt im Geldverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Bestellung möglich. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vereinbart ist. Abdruckzeit für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 19. April 1932.

Heil Schücklgruber!

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Hitler feiert in diesen Tagen Geburtstag. Alle Nazi-Jungfrauen und Nazi-Jünglinge sind von den Ober-Röhm-lingen angehalten, den Festtag mit grosser Begeisterung zu begehen.

Ein Wiener bürgerliches Blatt liess kürzlich in Braunau den Stammbaum und die Geburtsurkunde Hitlers aufspüren. Dieser Tage hat die Zeitung ein vom Gemeinde-Amt urkundlich bestätigtes Dokument veröffentlicht, wonach der Oberosaf nicht Hitler heisst sondern Schücklgruber. Adolf Schücklgruber, Sohn des Alois Schücklgruber, der sich eines Tages den Namen eines Erbonkels zulegte um ohne grosse Scherereien dessen Hinterlassenschaft übernehmen zu können.

Schücklgruber getauft - Hitler genannt. In der "besseren" Schule gebricht es Schücklgruber an Fleiss und Lernbegierde, wie er in seinem "Kampf" und in seiner Selbstbiographie gesteht. Ein fauler, minderwertiger Schüler, den schliesslich der arme Vater ein Handwerk lernen lässt. Anstreicherlehrling! Aber auch hier nicht mehr als das. Seine Sehnsucht geht höher, er liebt keine schmutzigen Finger, nicht die Arbeit noch die Arbeiterschaft. Die Bourgeoisie ist sein Traum, die "besseren Leute". Arbeiter, Organisation, Fleiss, Ausdauer, darnach steht ihm nicht der Sinn. Etwas Besonderes muss es sein, ganz Fines. Er will Künstler werden: Maler! Was ist schon Braunau, wo ihn jeder kennt, den Adolf Schücklgruber, man muss doch zeigen, dass man mehr ist, muss den Bauern und kleinen Leuten imponieren. Deshalb geht er nach Wien und zur Akademie, wo er die Proben seines Künstlertums vorlegt und nicht einmal den Aufnahmegrad erreicht. So schmiert er sich dann durch das Leben, zwischen den Schulen, für die er nichts taugt, zwischen den Klassen, von denen ihn keine gebrauchen kann, zwischen den Lagern, selbst zwischen den Vaterländern, nicht Deutscher, nicht Österreicher; nicht Arbeiter, nicht Bürger; fahnenflüchtig hier, fahnenflüchtig dort, Klassenflucht, Militärflucht, Heimatsflucht, ein Nichts, nicht einmal gut genug zum Kamerad eines Landstreichers. Bis der grosse Schlag und die Gelegenheit aller Deklassierten kommt: der Krieg, die Kaserne.

Endlich eine Unterkunft, endlich eine Heimat, endlich Brot und eine Aufgabe. Aber auch hier nur ein Zwischenläufer! Auch hier die Verachtung der Kleinen und der Arbeit. Auch hier die Anbetung des Höheren und Feinen, des Scheins und der Achselstücke. Er "dient", nicht wie der Muschkote oder Infanterist, er liegt nicht in der Mannschaftsstube bei den andern, nicht im Schützengraben. Schücklgruber-Hitler ist Offiziersbursche und wenn sein Herr zur Front muss, liegt er bei ihm im Offiziersunterstand, besorgt er auch draussen die Botengänge zwischen den Klassen der Soldaten: Offiziersläufer.

Zusammenbruch, November 1918. Wiederum treibt er sich zwischen den Klassen und Kämpfen herum, er ist ja niemand, es kennt ihn niemand und ehrliche Arbeit hier oder dort, ehrlicher Kampf auf der einen oder auf der andern

Seite, es hat ihm nie gelegen, dem Schücklgruber-Hitler! Beinahe wäre er Sozialdemokrat geworden, aber selbst die "Novemberverbrecher" haben einen Nachweis verlangt, eine Befähigung, so leicht liess es sich weder in einen Posten noch in ein Amt hineinhüpfen und goldene Berge haben nicht gewunken. So treibt er sich mit Deklasierten in irgend einem Münchener Hinterzimmer herum, lässt er sich aus dunklen und monarchistischen Quellen speisen, liest er Brot-samen auf, die vom Herrentisch gefallen, bis die Kommunisten nach der Köpenikiade der Räterepublik den bayerischen Bauern so verschüchtert und verängstigt haben, dass die Reaktion Oberwasser hat, Herr v. Kahr die Regierung stürzt und seinen Kurs einleiten kann. Für die Schücklgruber ist die Morgenröt angebrochen. In München endet sie mit dem 9. November 1923, wo an der Feldherrnhalle die anderen bluten, Hitler aber im bereitstehenden Auto in eine Villa entflieht.

So ist er geworden, das ist sein Lebenslauf und so ist er geblieben. So ist seine Bewegung, und so falsch und getarnt sein eigener Name, so seine Partei, ihr Zweck und ihr Ziel. "National" - dass er Deutschland eher jeder ausländischen Armee öffnet, als dass er fürs Vaterland kämpft wenn er nicht etwas "ganz Foines" ist, wenn er und seine Kumpanei nicht die Macht haben. "Sozialistisch" und "Sozialist" - im "Kaiserhof" in Berlin, im "Kaiserhof" in Essen, bei der Tafel und beim Diner, mit Prinz Auwi, mit dem Herzog von Coburg, mit Krupp, mit Thyssen, mit Lahusen, mit Herrn v. Stauss, dem Direktor der Deutschen Bank und mit allen Grossindustriellen, Grossagrariern und Bankfürsten, mit den Hohenzollern und allen Feinden des Volkes und der arbeitenden Klassen. Von diesen Grossen nimmt er das Geld und die Autos und kein Mädchen, das charakterloser und schändlicher in horizontaler Lage ihr Geld und ihre Pelze verdient, wie dieser von der Bourgeoisie und den Monarchisten ausgehaltene "Sozialist", deren letzter Stern und Anker er ist.

Vor einigen Tagen gab es eine grosse Aufregung im "Kaiserhof" zu Berlin. Das Auto des Herrn Goebbels war von der Polizei angehalten worden. Hitler telefonierte den Innenminister an, Goebbels sammelt auf der Strasse die Vorübergehenden. Schaum steht den Helden vor dem Mund. Der "Mercedes-Benz" ist beschlagnahmt. Selbst das Verbot der SA hat die Helden nicht so erregt. Der "Mercedes-Benz", das war Kummer, ehrlicher, gerechter Zorn. Denn in Wahrheit ist es dem Schücklgruber-Hitler nie um etwas gegangen als um den Zylinder, um den Achtzylinder, um die feinen und besseren Leute.

Heil Schücklgruber!

SPD. Die Berichterstatter drei grosser ausländischer Zeitungen Knickerbocker, A. Mowrer und Sefton Delmer haben der Öffentlichkeit am Dienstag folgende interessante Erklärung gegen das Lügenmaul Hitler übergeben :

"Am 14.d.M. empfing Herr Adolf Hitler drei der unterzeichneten Journalisten H. R. Knickerbocker, Edgar A. Mowrer und Sefton Delmer um 2 Uhr nachmittags im Hotel Kaiserhof zu einer Unterredung über das Verbot der S.A. und S.S.. Ein Fragebogen mit 5 Fragen wurde von uns aufgestellt und durch Herrn Dr. Hanfstaengl, dem Auslandspresseschef der NSDAP, Herrn Adolf Hitler vorgelegt.

Herr Hitler erklärte sich bereit, uns gegenüber die Fragen zu beantworten. Dr. Hanfstaengl war während der ganzen Dauer der Unterredung zugegen.

Eine der an Herrn Hitler gestellten Fragen lautete: "Glauben Sie, dass die deutsche Regierung bei dem Verbot der SA ausländischem Druck nachgegeben hat?"

Hierauf antwortete Herr Hitler: "Ja. Nach meiner Ueberzeugung ist das der Fall gewesen. Schon vor einem Jahr ersuchte die französische Regierung Dr. Brüning um die Auflösung der SA. Dr. Brüning sagte zu. Er konnte aber

erst jetzt sein Versprechen erfüllen."

Darauf warf Herr Sefton Delmer die Frage ein: "Haben Sie für diese Behauptung Beweise, Herr Hitler?" Herr Hitler antwortete: "Nein, ich habe keine Beweise dafür."

+ + +

Die Erklärung der drei bekannten ausländischen Journalisten ist eine Antwort auf die Behauptung Hitlers, er habe niemals erklärt, dass das Verbot der SA auf französischen Druck zurückzuführen sei. Eine derartige Behauptung sei eine "üble Nachrede", zu deren Aufklärung er ein Disziplinarverfahren gegen sich und gegen die Verbreiter der Behauptung eine Klage anstrengen werde. Man ist bereits seit Jahren daran gewöhnt, dass Hitler und seine Kumpane alle ihnen unangenehmen Behauptungen, und wenn sie hundertmal wahr sind, als unwahr bezeichnen lassen und jeweils mit dem Kadi drohen. Die Erklärung der drei ausländischen Journalisten zeigt, wie frivol der Scharlatan aus Braunau und sein Anhang mit der Wahrheit umgehen und dass diesen Lästermäulern nichts, aber auch garnichts zu glauben ist!

SPD. Darmstadt, 19. April (Eig. Drahtb.)

Das "Braune Haus" in Darmstadt wurde am Dienstag unter der Bedingung wieder freigegeben, dass es nur als Parteibürohaus und nicht auch als Parteikaserne verwendet werden darf. Der Wirtschaftsbetrieb im Braunen Haus bleibt geschlossen.

Die Frau im "Dritten Reich".

SPD. Der führende Nationalsozialist K. Walther Darré, Leiter der Organisationsabteilung 2 der NSDAP, Abteilung Landwirtschaft, stellt in seiner parteioffiziell anerkannten Schrift "Neuadel aus Blut und Boden" (Verlag J. F. Lehmann, München, 1930) die Frau unter das Gebot eines primitiven "Zucht- und Züchtungsgedankens". Er verlangt die Anstellung von "Zuchtwärter", die über jedes deutsche Mädchen einen "Zuchtakt" führen. Auf Grund dieser Akten werden die heiratsfähigen Mädchen in vier Klassen eingeteilt.

- Klasse I enthält die Mädchen, deren Verhehelichung in jeder Beziehung "wünschenswert" erscheint.
- Klasse II besteht aus den Mädchen, deren Verhehelichung "im Hinblick auf die Nachkommenschaft" keinerlei "grundsätzliche Bedenken entgegenstehen.
- Klasse III wird gebildet aus den Mädchen, deren "erbwertiger Zustand" in jedem Fall eine Unterbindung von Nachkommenschaft verlangt. (Künstliche Unfruchtbarmachung!)
- Klasse IV nimmt Geisteskranke, öffentliche Dirnen, rückfällige Verbrecherinnen auf und die Mädchen, durch die der Begriff einer "deutschen" Ehe "entwürdigt" würde.

Der führende Nationalsozialist Alfred Rosenberg erklärt in seinem Buch "Mythus des 20. Jahrhunderts":

"Gewiss ist die Einehe zu schützen, aber schon Professor Wieth Knudsen hat mit Recht darauf hingewiesen, dass ohne die Vielweiberei nie der germanische Völkerstamm früherer Jahrhunderte entstanden wäre. Ein deutsches Reich der Zukunft wird die kinderlose Frau - gleich ob verheiratet oder nicht - als ein nicht vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft betrachten und damit auch den Ehebruch des Mannes einer Korrektur unterziehen, inwiefern ein solcher mit Kindesfolge nicht als juristisch zu

wertender Ehebruch betrachtet werden kann. Nur dass der Betreffende zur Zahlung der Erziehungskosten des Kindes gesetzlich anzuhalten ist."

Das bedeutet, dass die Ehefrau im Dritten Reich zur Gebärmaschine herabgewürdigt wird und der Mann mit Nebenfrauen teilen soll.

Deutsche Frauen wollt ihr das - dann wählt Hitler! Wollt ihr es nicht dann wählt

Braun und Severing!

=====

SPD. Genf, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die Kommission der Internationalen Arbeitskonferenz, die sich mit der Abschaffung der Stellenvermittlungsbüros gegen Bezahlung befasst hat am Dienstag einen Fragebogen aufgestellt, der an die Regierungen gesandt werden soll und der folgende Fragen enthält:

Soll das Verbot der Büros sich nur auf bestimmte Berufe beschränken oder allgemein gelten, mit genau umgrenzten Einzelausnahmen? Sollen diese Ausnahmen gleich in der Konvention genannt oder von den Regierungen bestimmt werden? Soll sich das Verbot auch auf jene Privatagenturen beziehen, deren Stellenvermittlung internationalen Charakter hat? Sollen im Falle des Nichtverbots dieser Agenturen besondere Kontrollmassnahmen vorgesehen werden?

Als wichtigste Ausnahmen, die in Frage kommen, stellten sich in der Aussprache die der Landarbeiter und der grossen Künstler heraus. Die Arbeitergruppe und der deutsche Regierungsvertreter konnten nicht durchdringen mit ihrem Antrag, den Fragebogen nur auf das allgemeine Verbot einzustellen und die Frage eventueller Ausnahmen gar nicht aufzuwerfen.

SPD. Der preussische Minister des Innern erlässt zur Preussenwahl folgende Kundgebung :

"Zum dritten Male in wenigen Wochen wird die Bevölkerung Preussens zur Abstimmung gerufen, um mit ihrer Stimme ihren Willen nach Formung des öffentlichen Lebens kund zu tun. Jeder - ob Mann oder Frau - trifft mit seinem Wahlzettel eine bedeutungsvolle Entscheidung, die weit in die Zukunft hineinwirkt. Das Stimmrecht, das der Volksstaat allen Staatsbürgern verliehen hat, ist nicht nur ein hohes Recht, sondern eine ebenso vornehme Ehrenpflicht, die geübt werden muss im vollen Bewusstsein der schweren Verantwortung, die jeder einzelne durch die Stimmabgabe für eine politische bestimmte Richtung übernimmt.

Wahltag sind Meilensteine im Leben eines Volkes, auch in normalen Zeiten. Wieviel mehr aber bedeuten sie in einer Zeit staatlichen Werdens, in einer Zeit, da Not und Elend auf Millionen lasten. Nur aus den heutigen Zuständen der Sorgen und Nöte ist es zu erklären, dass Abenteurer und falsche Propheten auch Massen des Volkes an ihre Fahnen zu fesseln vermochten. Aber trotz aller Hetze, trotz Lüge und Verleumdung hat bei der Reichspräsidentenwahl die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gezeigt, dass die Stimme der Vernunft und der politischen Einsicht stärker war, als das Blendwerk der Volksverführer und Demagogen.

Am 24. April sollt ihr, Volksgenossen, darüber entscheiden, ob der im November 1918 entstandene Volksstaat Preussen, der keine Privatarmeen duldet, der Verfassung und Gesetze von keiner Seite antasten lässt, auch in Zukunft ein Staat sein soll, in dem Demokratie und Republik nicht Worte ohne Inhalt sind. Wollt ihr, dass die umstürzlerischen Pläne der Nationalsozialisten,

die bisher an der Disziplin der Massen gescheitert sind, durch die Ergebnisse des 24. April zur Wirklichkeit werden?! Bei der Reichspräsidentenwahl ist der erste Ansturm der Reaktion abgeschlagen, aber die Gefahr ist noch nicht beseitigt. Gegen Preussen geht der Angriff, um die Grundlagen zu beseitigen für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, um die Regierung zu stürzen, deren Zusammensetzung die Gewähr für Ordnung und Sicherheit und damit für den Bestand der Sozialgesetzgebung, des Tarif- und Koalitionsrechts und der Organisationsfreiheit gibt. Täuschen wir uns nicht: die Reaktionen der Harzburger Front haben die Hoffnung, die alten Vorrechte des Geldsacks nach dem Kastendünkel der Besitzenden wieder errichten zu können. Sie vertrauen dabei auf die Kommunisten, die ihnen bei ihrem Vorhaben wie schon so oft, bewusst und unbewusst die Steigbügel halten werden.

Volksgenossen! Mit Recht gilt das Preussen von heute als die stärkste Bastion der Republik. Wer Preussen hat, hat auch das Reich! Dieser politische Satz der Vorkriegszeit hat zum guten Teil auch heute noch seine Berechtigung. Deshalb gilt es, mit aller Kraft sich jetzt in den Kampf gegen die Radikalen von rechts und links zu stellen! Deshalb gilt es, die Herzen mit Begeisterung zu erfüllen, um die grossen Ziele zu erreichen, denen der Kampf gilt! Ein Anfang ist gemacht! Die feste Abwehrfront der breiten Massen des arbeitenden Volkes hat sich nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff zusammengefügt. Vorwärts in diesem Kampf! Es geht um Freiheit und Brot, es geht um die hehrsten Ideale, für die die besten unseres Volkes aus früheren Generationen freudig Opfer um Opfer gebracht haben. Die Entscheidung des 24. April, Volksgenossen, muss fallen für das demokratische Preussen, für die Republik, damit der Weg frei wird für die Beseitigung der Not, für die Verständigung unter den Völkern Europas. Wir wollen keine Politik der Scharlatane, keine Politik von Maulhelden und Besserwissern! - Darum sichert durch Eure Stimmabgabe die errungenen demokratischen und sozialen Rechte, damit es in harter, stetiger Arbeit vorwärts geht, hinauf in eine hellere und bessere Zukunft!"

SPD. Genf, 19. April (Eig. Drahtb.)

Das Redaktionskomitee der Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag auch die zweite Entschliessung zur Feststellung des Prinzips der Rüstungsherabsetzung einstimmig abgefasst. Damit ist ihre Annahme in der Generalkommission am Mittwoch-Vormittag gesichert.

Die Resolution lautet: "Ange-sichts der Vorschläge, die von verschiedenen Delegationen vorgelegt wurden, bezüglich der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen, erklärt die Generalkommission, dass zur Bestimmung dieser Merkmale die Grundsätze des Artikels 8 des Völkerbündspaktes angewandt werden müssen. Infolgedessen müssen die Rüstungen herabgesetzt werden auf das Mindestmass, das mit der nationalen Sicherheit und der Ausführung jener internationalen Verpflichtungen vereinbar ist, die durch eine gemeinsame Aktion auferlegt sind. Ausserdem muss der geographischen Lage und den besonderen Bedingungen jedes Staates Rechnung getragen werden. Die Generalkommission erklärt ferner, dass die Prüfung der Anwendung dieser Kriterien und Methoden zur Durchführung der Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen ohne Aufschub in der Praxis weiterverfolgt werden soll."

In einer besonderen Erklärung betonte Litwinow, dass sich Russland durch seine Mitarbeit in keiner Weise an den Völkerbündspakt gebunden fühle.

SPD. Dresden, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Sächsischen Landtag eine Anzahl Anträge gestellt, in denen die Regierung aufgefordert wird, für einen besseren Schutz der friedliebenden Bevölkerung durch die Polizei zu sorgen und gegen die Beamten, die ihre Pflicht nicht tun, vorzugehen.

In den Anträgen wird u.a. darauf hingewiesen, dass am 31. März in Kainsdorf auf den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Paul Hermann vier Schüsse abgegeben wurden. Der zuständige Gendarm, der sofort benachrichtigt wurde, erschien erst 13 Stunden nach dem Vorfall an dem Tatort und unterliess es, die politische Polizei und die Staatsanwaltschaft in Zwickau sofort in Kenntnis zu setzen. In der Stadt Wehrdau war bis zum 16. April das Braune Haus noch nicht geschlossen. Während bei einem Aufmarsch der Eisernen Front darauf geachtet wurde, dass nur aus der nächsten Umgebung Zuzug zu den Kundgebungen erfolgt, sind die Polizeibehörden nicht eingeschritten, als zu den Hitlerversammlungen am 3. April Zuzug aus Orten ausserhalb Sachsens erfolgte. Am 12. und 13. März wurden in Zwickau SA-Formationen von zusammen 3 000 Mann zusammengezogen. Trotzdem die Polizeibehörde darauf aufmerksam gemacht wurde, traf sie keinerlei Massnahmen, um die angesammelten Truppen aufzulösen und nach Waffen und verbotenen Uniformstücken zu suchen. Der Gemeindeoberwachmeister Pässler in Neukirch in der Lausitz ist gleichzeitig Sturmbannführer der NSDAP. Er hat am 4. April als Führer von 60 Nationalsozialisten eine Versammlung in Tautewalde planmässig gesprengt, wobei es einige Verletzte gab.

SPD. Breslau, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die schlesische Rechtspresse, die anscheinend einen zweiten Fall Langewiesen ausklügeln möchte, meldet aus Hausdorf Kreis Waldenburg, dass der dortige Oberlandjäger bei einer Durchsuchung der Wohnung des nationalsozialistischen Ortsgruppenführers zwei Reichsbannerleute als Hilfskräfte herangezogen habe, und dass diese beiden Reichsbannerleute mit entsprechenden Ausweisen des Landrats in Waldenburg versehen gewesen seien. Wie wir dazu erfahren, hat der Oberlandjäger, der für die Durchführung seiner Ermittlungen Zeugen wünschte, den beiden Angehörigen des Reichsbanners keinerlei polizeiliche Befugnisse erteilt. Von einer Benutzung des Reichsbanners als Hilfspolizei kann demnach auch in diesem Falle keine Rede sein.

SPD. Braunschweig, 19. April (Eig. Dr.)

Auf Anordnung des nationalsozialistischen Minister Klagges wurde im Dezember 1931 der Polizeiwachtmeister Eine aus der Schutzpolizei entlassen, weil er angeblich als Polizeischüler einmal die Aeusserung hat fallen lassen, wenn er sich erst beim Ueberfallkommando in Braunschweig befinde, dann wolle er seine Wut an den verfluchten Braunhemden bei jeder Gelegenheit auslassen. Eine bestritt u.a. auch in einer eidesstattlichen Versicherung, diese Aeusserung auch nicht dem Sinne nach getan zu haben. Trotzdem blieb sein Einspruch gegen die erfolgte Kündigung erfolglos. Die Polizei weigerte sich selbst, ihm mitzuteilen, wer eigentlich die Beschuldigung gegen ihn ausgesprochen hätte. Eine bewarb sich dann vor einiger Zeit als Polizeiwachtmeister nach Hamburg. Auf sein Gesuch erhielt er den Bescheid, dass seine Einstellung nicht erfolgen könne, da der Kommandeur der Braunschweigischen Polizei mitgeteilt habe, er wäre aus der Schutzpolizei entlassen, weil er starke Bindungen zur Kommunistischen Partei habe. Ein Ersuchen der Hamburgischen Polizei, ihr die Personalakten von Eine auszuhändigen, wurde von der Braunschweigischen Regierung abgelehnt. Eine hat dann gegen die Braunschweigische Regierung geklagt.

und den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen den Staat und gegen den Polizeikommandeur beantragt, durch die festgestellt werden sollte, dass es sowohl dem Staat als auch dem Polizeikommandeur verboten sei, zu behaupten, Eine habe Bindungen zur KPD und sei deshalb aus der Braunschweigischen Schutzpolizei entlassen worden. Jetzt hat vor dem Landgericht Braunschweig ein Termin zur mündlichen Verhandlung anstanden, aber nicht stattgefunden, weil die Braunschweigische Regierung vorher folgende Erklärung abgab:

"Der Antragsgegner hat die beanstandete Mitteilung an den Chef der Ordnungspolizei Hamburg gelangen lassen, weil ihm bekannt war, dass der Antragsteller seiner Gesinnung nach dem radikalen Marxismus zuneigt. Auf Grund der jetzt abgegebenen eidesstattlichen Versicherungen haben wir uns davon überzeugt, dass diese Mitteilung, soweit darin behauptet wird, der Antragsteller habe starke Bindungen zur KPD, unzutreffend ist. Eine ist auch nicht aus diesem Grunde entlassen. Die Behauptung wird gegenüber dem Chef der Ordnungspolizei Hamburg richtiggestellt und im übrigen nicht wiederholt werden. Die Kosten werden vom Braunschweigischen Staat übernommen..

Berlin, 18. April 1932.

Der Braunschweigische Minister des Innern
gez. Unterschriften

gez. Unterschrift Polizei-Oberstleutnant."

Diese Erklärung der Braunschweigischen Naziregierung zeigt, dass das Ministerium im Falle Eine der Öffentlichkeit und anderen Behörden gegenüber mit unwahren und unbeweisbaren Behauptungen operiert hat. Die Erklärung beweist aber auch, dass die Darlegungen und Behauptungen der heutigen Braunschweigischen Regierung nicht immer unter allen Umständen zu stimmen pflegen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Ausgehend von dem Standpunkt, dass im Volksstaat die Staatsbürger vor der Wahl Anspruch darauf haben, einen Rechenschaftsbericht der antierenden Regierung zu erhalten, wird, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, Ministerpräsident Dr. Braun am Sonnabend, dem 23. April, 7 Uhr 30, über sämtliche preussischen Sender über die Arbeit der Preussischen Staatsregierung in den Jahren 1928 bis Anfang 1932, also bis zum Schluss der Legislaturperiode des jetzigen Landtags, sprechen.

SPD. Karlsruhe, 19. April (Eig. Drahtb.)

Im Badischen Landtag haben die Kommunisten am Montag folgenden Antrag eingebracht: "Der Landtag wolle beschliessen: Die Regierung wird beauftragt, die parteilpolitischen Selbstschutz-Formationen, wie Reichsbanner einschliesslich Unterorganisationen, Eiserne Front, Badenwacht, Stahlhelm, Werwolf usw. im Bereich des Landes Baden sofort zu verbieten, da deren Tätigkeit ausschliesslich der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung diene und sich dadurch gegen die Interessen der werktätigen Massen richte.

Dieser Antrag stimmt im Wortlaut ziemlich überein mit einem Antrag der Nationalsozialisten, die natürlich auch die Auflösung des Reichsbanners fordern. Er enthüllt deutlicher als die letzten Wahlergebnisse das Zusammenspielen der Nationalsozialisten und Kommunisten.

SPD. In der Lebuser Zeitung liest man lange nach den Goethe-Feiern: "Goethefeier in Lebus unerwünscht. Da Goethe Bruder Freimaurer und Illuminatenordensbruder, also revolutionär war, liegt für Lebus keine Veranlassung

zur Vergötterung vor. Gedenken wir lieber schamhaft des deutschen Dichters Schiller, der von seinen überstaatlichen Hassern bei Nacht in ein Massengrab versenkt wurde, ohne dass die Witwe erfuhr, wo die Gebeine des Gatten ruhten." Da sieht man die Spuren von Mathilde Ludendorff in Lebus. Lebus ist also in Deutschland voran. Nur schade, dass Ludendorff in Lebus nicht für die Reichspräsidentenschaft kandidiert hat. Dort hätte er sicher eine Stimme erhalten.

SPD. Darmstadt, 19. April (Eig. Drahtb.)

Der hessische Landtag lehnte am Dienstag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten die Anträge auf Auflösung des Hessen-Parlaments ab. Der nationalsozialistische Antrag, auf die Reichsregierung durch die hessische Regierung dahin wirken zu lassen, dass das Verbot der SA und SS aufgehoben oder das Reichsbanner ebenfalls verboten wird bzw. das Vorgehen der Polizei bei der Auflösung der SA und SS zu missbilligen, wurde abgelehnt. Die Kommunisten stimmten ebenfalls gegen diesen Antrag.

Der Abstimmung ging eine 5stündige stürmische Debatte voraus, in der Innenminister Leuschner zahlreiche Dokumente der Privatarmee Hitlers bekanntgab, die bei Hausdurchsuchungen in Hessen gefunden worden sind. Die Dokumente erhärten, dass und wie die militärischen Formationen der nationalsozialistischen Bewegung als Sport-, Kegel-, Skatklubs usw. getarnt auch nach dem Verbot weiter bestehen sollen.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags ist zu einer Sitzung auf Dienstag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Festsetzung des Termins der nächsten Reichstagsitzung.

SPD. Genf, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die erste Abstimmung der Abrüstungskonferenz brachte in der Generalkommission die Entscheidung, dass die Herabsetzung der Rüstungen nicht auf einmal, sondern in Etappen erfolgen soll und zwar nach einer ersten entscheidenden Verminderung. Die Generalkommission nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

"Auf Grund des Ergebnisses der Aussprache in der Abrüstungskonferenz ist die Generalkommission der Meinung, dass die Herabsetzung der Rüstungen so wie sie im Artikel 8 des Völkerbundspaktes vorgesehen ist, progressiv durch Revisionen verwirklicht werden muss, die in annehmbaren Zeitabständen aufeinanderfolgen sollen, nachdem die gegenwärtige Konferenz den ersten entscheidenden Schritt der allgemeinen Herabsetzung auf das niedrigst mögliche Mass getan haben wird."

Einen Augenblick lang schien auch dieser Beschluss gefährdet, als Titulescu-Rumänien, unterstützt von den Vertretern Persiens und Jugoslawiens, ihn im Sinne der Verträglichkeit mit der nationalen Sicherheit und den Verpflichtungen für ein internationales gemeinsames Vorgehen auslegen wollte. Sofort erklärte Litwinow, dass er nach dieser Interpretation weder Form noch Inhalt der Entschliessung annehmen könne. Titulescu forderte ihn gereizt auf, seine Konsequenzen zu ziehen, wenn er sich den Bestimmungen des Völkerbundspaktes nicht anschliessen wolle. Henderson schob schliesslich jede Interpretation beiseite und liess über den Text abstimmen, mit dem Erfolg, dass unter stürmischer Heiterkeit von Litwinow bis Titulescu alle dafür waren.

Die Kommission ging dann zur Aussprache über die weiteren Prinzipien der Herabsetzung und Begrenzung der Berücksichtigung der Sicherheit und der Methoden der Abrüstung, besonders für das möglichst tiefe Niveau des ersten Schrittes über.

SPD. Das schwedische Kommunistenorgan "Volket Dagbladet" war von Ivar Kreuger bestochen worden. Es hat 135 000 schwedische Kronen erhalten, 200 000 Schwedische Kronen hatte Kreuger für diesen Zweck bereitgestellt. Einer der Direktoren Kreugers hat die Tatsachen vor der Polizei zugestanden. Er hat angegeben, dass es sich um eine Bestechungssumme gehandelt, dass man niemals mit einer Rückzahlung gerechnet habe.

Das kommunistische Parteiorgan Schwedens ist also vom grössten Kapitalisten des Landes, der zugleich ein Betrüger und Fälscher war, gekauft worden! Heute noch erzählt die deutsche kommunistische Presse, Ivar Kreuger sei einer der schlimmsten Feinde Sowjetrusslands gewesen, dessen einzige Sehnsucht darin bestanden habe, einen Interventionskrieg gegen Sowjetrussland zu entfesseln. Von dem Mann, dessen Bild von den Kommunisten nach seinem Tode so gezeichnet wird, hat ein kommunistisches Hauptorgan Bestechungsgelder genommen!

Man muss den Vorgang auf deutsche Verhältnisse übertragen, um die politische Verkommenheit der Kommunisten zu verstehen. Man nehme an, die Rote Fahne sei von den Lahusens mit einer halben Million Mark bestochen worden - dann bekommt man den richtigen Eindruck, was diese Enthüllung über das schwedische Kommunistenorgan bedeutet!

Aber warum hat Kreuger die Kommunisten gekauft? Dass er auf solchem Wege Einflussmöglichkeiten und Eindringungsmöglichkeiten geschäftlicher Art in die Sowjetunion habe vorbereiten wollen, ist kaum anzunehmen. Viel näher liegt es anzunehmen, dass dieser gerissenste und kaltblütigste aus der kapitalistischen Schieberwelt sich vollständig im klaren war über die Rolle, die die Kommunisten heutzutage spielen! Vielleicht hat Kreuger gedacht wie die Deutsche Allgemeine Zeitung, als sie über die Kommunisten schrieb:

"Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Kommunisten müssen verhindern, dass die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken."

Warum sollte ein Kreuger ein so wertvolles Werkzeug für den kapitalistischen Staat nicht mit 200 000 Schwedenkronen schmieren?

Diese Schande nimmt den Kommunisten niemand wieder ab! Eins ihrer Hauptorgane bestochen vom Grosskapital, durch und durch korrumpiert, ein Reptil Ivar Kreugers - kein Wunder, dass sie sich in allen Tonarten ausschweigen und sich bemühen, ihren Anhängern die Tatsache selbst zu verschweigen wie die ungeheuerere Erregung gegen die Kommunisten, die die schwedische Arbeiterschaft ergriffen hat!

Man muss es darum jedem Arbeiter, der zu den Kommunisten hält oder schwenkt erzählen! Man muss diesen Gipfel der Korruption, diesen schändlichsten Verrat aufzeigen. Hier ist wirklich Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft, Verrat am Sozialismus geschehen. Hier sind Verräter, die das Geld eines Grosskapitalisten genommen haben, die sich haben kaufen lassen, und diese Verräter - sind Kommunisten!

Die Empörung darüber darf nicht auf Schweden beschränkt bleiben! Sie muss auch die deutschen Arbeiter ergreifen, damit endlich Abrechnung gehalten wird mit der Partei des Verrats, der KPD!

SPD. Paris, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die Steuereingänge und sonstigen Einnahmen des Finanzjahres 1931/32, das am 31. März zu Ende gegangen ist, belaufen sich nach einer vom Finanzministerium veröffentlichten Statistik auf 42 536 Millionen Francs. Das sind 1 123 Millionen Francs weniger als an Eingängen geschätzt wurde. Das wirkliche Defizit des abgelaufenen Finanzjahres wird sich aber nach provisorischen Berechnungen auf die doppelte bis dreifache Höhe des Minderertrags belaufen, da im vergangenen Jahr zahlreiche nicht vorhergesehene Mehrausgaben bewilligt worden sind.

SPD. Die Kommunisten legen grossen Wert darauf, als echte Bolschewisten zu gelten und getreulich alles zu kopieren, was ihnen von drüben vorgemacht worden ist. Es gibt für sie kein stärkeres Argument als der Hinweis darauf, dass in einer bestimmten Situation die Kommunisten so und nicht anders gehandelt hätten. Wir wollen sie deshalb mit einem Argument bedienen, das ihnen liegt.

Als im Jahre 1917 der russische General Kornilow sich gegen die Kerenski Regierung erhob, stiess er auf den Widerstand der gesamten Arbeiterschaft von Petersburg - einschliesslich der Bolschewiki. Die Kommunisten von heute aber handeln so, als ob die Bolschewiki gemeinsame Sache mit Kornilow gemacht hätten! Sie machen den Angriff der deutschen Weissgardisten gegen "das System" mit, und ein Teil ihrer Anhänger ist offen in die Banden Hitlers eingetreten!

Die Kommunisten haben mit dieser Haltung nicht nur die Interessen der deutschen Arbeiterschaft verraten, sondern zugleich die bessere Tradition der Bolschewiki!

SPD. München, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die Briefe, mit deren Veröffentlichung im Juni vorigen Jahres die "Münchener Post" die homosexuelle Betätigung des SA-Kommandeurs Röhm aufgedeckt hatte, standen am Dienstag im Mittelpunkt einer Verhandlung vor dem Münchener Strafgericht.

Angeklagt war die 30jährige Bankbeamtin Else Hergt, die als Braut des früheren Nazispitzels Assessor Dr. Meyer jene Briefe der Redaktion der Münchener Post zum Kauf angeboten hatte. Es wurden dafür 1000 Mark bezahlt. Wenige Tage später verlangte sie die Briefe, deren Unterschrift sie selbst angefertigt hatte zurück und händigte sie den Interessenten im Braunen Hause aus. Sie gab sich damals als eine Angestellte des Abgeordneten Bauer aus und verlangte eine Belohnung von 1600 Mark, die ihr aber nachträglich verweigert wurde, weil die "Münchener Post" inzwischen mit der Veröffentlichung der Briefe begonnen hatte. Die Angeklagte hatte im Auftrage und im Einverständnis mit ihrem Bräutigam Dr. Meyer gehandelt, der in München und in Berlin gegen Bezahlung für die Hitlerpartei tätig gewesen war, wodurch er genauen Einblick in den Röhmetrieb erhalten hatte. Da er sich auch Unterschlagungen zuschulden kommen liess, musste er seine Spitzeltätigkeit aufgeben. Er endete im Dezember vorigen Jahres durch Freitod im Düsseldorfer Gerichtsgefängnis. Seine Braut wurde nun wegen Betruges und Urkundenfälschung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Mit dem Inhalt der Briefe beschäftigte sich der Prozess nicht; dass er den Tatsachen entspricht, ist am besten dadurch bewiesen, dass Röhm am 8. April unter Uebernahme der gesamten Kosten seine Klage gegen die "Münchener Post" zurückzog und das Verfahren daraufhin eingestellt wurde.

SPD. Im Berliner Raiffeisenprozess beantragte Staatsanwaltschaftsrat Schumacher am Dienstag gegen den russischen Schwindler Uralzeff, der die Raiffeisenbank um Millionenkredite betrogen hat, wegen fortgesetzten Betrugs in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung ein Jahr sechs Monate Gefängnis, und gegen den Dresdner Notar und Rechtsanwalt Dr. Türk wegen Betruges und Untreue sechs Monate Gefängnis. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft stellte in seinem Plädoyer fest, dass der der Raiffeisenbank durch Uralzeff verursachte Schaden nur einen Bruchteil der Gesamtverluste der Bank bilde. Die Misswirtschaft der Raiffeisenbank sei auf schlechte Organisation zurückzuführen: die leitenden deutschnationalen Persönlichkeiten hätten sich nicht um die gewährten Millionenkredite und um die angebotenen "Gegenwerte" gekümmert; die Kreditgewährung selbst sei einem Manne überlassen gewesen, der sich mit hohen Summen bestechen liess.

Das Urteil wird voraussichtlich am Sonnabend verkündet werden.

SPD. Paris, 19. April (Eig. Drahtb.)

Vor dem Pariser Strafgericht sollte am Dienstag-Nachmittag die gegen Frau Hanau wegen Beamtenbeleidigung angestrebte Klage zur Verhandlung kommen. Da Frau Hanau nach einem ärztlichen Attest jedoch nicht transportfähig ist, wurde die Verhandlung vertagt.

SPD. Darmstadt, 19. April (Eig. Drahtb.)

Im Hessischen Landtag interpellierte der Verfasser der Boxheimer Dokumente, Dr. Best, die Regierung am Dienstag wegen angeblicher Uebergriffe der Polizei bei der Durchsuchung der Parteibüros anlässlich der Auflösung der SA. Best besass die Dreistigkeit, davon zu sprechen, dass die Notverordnung des Reichspräsidenten "der Anfang des Absolutismus, die Errichtung des Polizeistaates in Deutschland" sei. Ausgerechnet Herr Best, der Urheber der Boxheimer Blutdokumente!

Der hessische Innenminister Leuschner blieb dem nationalsozialistischen Demagogen die Antwort nicht schuldig. Er überhäufte die brüllenden Nazis so mit Material über die militärische Organisation der SA und ihre Ziele, dass den Lügenmäulern um Hitler das Mundwerk bald gestopft war. Leuschner zeigte, in welchem Umfange die SA bewaffnet war, dass präzise Vorschriften für alle Parteibüros und Einzelmitglieder, die geheime Akten aufbewahrten, gefunden worden sind, nach denen dafür Sorge getragen werden sollte, dass jederzeit eine Flasche Benzin und Streichhölzer bereit ständen, um beim Eindringen der Polizei das kompromittierende Material in den Akten in Flammen aufgehen zu lassen. Er erwähnte ferner Material, nach dem bereits vor dem Verbot der SA vom 13. April Vorsorge dafür getroffen worden war, wie die SA- und SS-Organisationen als Kegel-, Tennis- und Box-Klubs zu tarnen seien. In einem Standartenbefehl des Führers der hessischen Standarte 33 wird beispielsweise u.a. angeführt, dass die SS- und SA-Führer für den Fall des Verbotes Ausweise als "politische Leiter" erhalten. Nach diesem Befehl ist für nicht weniger als 18 frühere SS-Führer genau angegeben, in welcher Weise sie zur Fortsetzung der Tarnung der SS-Organisationen mit falschen Ausweisen versehen werden sollen. Der eine dieser Führer hat einen Ausweis als Leiter der "Organisation" erhalten, der andere Ausweis lautet auf "Kriegsbeschädigten-Fragen", ein dritter auf "Landwirtschafts-Fragen" usw.

Leuschner schloss seine Ausführungen an Hand des aufgefundenen Materials mit der Feststellung, dass an dem illegalen Charakter der SA- und SS-Organisationen nicht mehr zu zweifeln sei.

SPD. London, 19. April (Eig. Drahtb.)

Weiter sparen und weiter Steuern zahlen, könnte das Motto für Chamberlains erstes Budget sein, das er seinen Gegnern durch den Vergleich mit einem Bergsteiger, der dem Gipfel näherkommt, zu versüßen versuchte. Alle Hoffnungen auf Steuersenkungen sind am Dienstag begraben worden. Der 25 prozentige Satz der Einkommensteuer bleibt weiter in Kraft; das gleiche gilt von den anderen direkten Steuern.

Die indirekte Besteuerung nimmt zu und ersetzt den Ausfall an direkten Steuern, der bei gleichbleibenden Sätzen durch die Depression zu erwarten ist. 27 Millionen Pfund sollen durch den 10 prozentigen Einfuhrzoll im Laufe des Finanzjahres über die bisherigen Zolleinnahmen hinaus eingehen, weitere fünf Millionen sollen neue Zölle bringen, die auf Rat des Zollkomitees beschlossen wurden. Auf welche Waren die Zölle fallen, wird erst gegen Ende der Woche mitgeteilt werden. Nicht genug damit, wird auch der Teezoll wieder eingeführt und zwar in Höhe von 4 Pens pro Pfund und 2 Pens pro Pfund soweit es sich um Einfuhren aus dem Empire handelt. Diese Steuer soll 3,6 Millionen Pfund ergeben. Die erhoffte Biersteuersenkung ist ausgeblieben. Der englische Zucker wird weiterhin mit 12 Schilling pro Zentner unterstützt und eine Quote von Zucker aus englischen Kolonien mit erhöhter Präferenz ausgestattet, was die Konsumenten und die Staatskasse zugleich belastet.

Das Ergebnis dieser Veränderungen ist, dass Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 766 Millionen Pfund balancieren, und zwar auf der Basis der gekürzten Beamtgehälter und der Arbeitslosenunterstützung, des nur leicht gekürzten Wehrbudgets, von dessen weiterer Beschneidung aufgrund der Ergebnisse der Abrüstungskonferenz Chamberlain nichts zu sagen hatte. Dieses Gleichgewicht ist erreicht durch eine Verschiebung in der traditionellen Verteilung der englischen Steuern zwischen direkten und Verbrauchssteuern.

Sind auch die Hauptteile des Staatshaushalts entsprechend den Erwartungen so brachten verschiedene Einzelheiten in Chamberlains Budgetrede jedoch eine Ueberraschung. Die Regierung will nämlich einen Valuta-Ausgleichsfonds schaffen, der den Restbestand von 25 Millionen eines vor der Stabilisierung im Jahre 1925 in Amerika gegründeten Fonds übernehmen und weiterhin 150 Millionen Pfund Kredite aufnehmen kann. Der Fonds soll die Ausgleichung von heftigen Schwankungen des Pfundkurses ermöglichen durch Ankauf bzw. Verkauf von Gold und Devisen. Auf welche Weise der Kredit des Fonds aufgenommen werden soll, wurde nicht mitgeteilt. Man darf aber diesen Fonds höchstens als einen Vorläufer der Stabilisierung ansehen, denn Chamberlain sagte ausdrücklich, der Zeitpunkt für die Rückkehr zum Goldstandard sei noch nicht gekommen. Man darf also keineswegs folgern, dass die Stabilisierung auf dem jetzigen Niveau erfolgen soll.

Kriegsschulden und Reparationszahlungen, die sich im englischen Staatshaushalt gegenseitig die Wage hielten, erscheinen nicht mehr im Budget und zwar mit der Begründung, dass man die Fragen, die durch diese Posten aufgeworfen würden, nicht präjudizieren wolle.

Ein Komitee soll untersuchen, ob und inwieweit die gegenwärtige Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften gerechtfertigt ist. Beim nächsten Budget soll diese Steuerfreiheit wenn nötig revidiert werden.

SPD. Dresden, 19. April (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Ministerpräsident hat an die Reichsregierung einen Brief gerichtet, in dem er mit dürren Worten das Verbot des Reichsbanners fordert, indem er das Reichsministerium des Innern ersucht, Feststellungen darüber zu treffen, ob gleiche Voraussetzungen wie für das Verbot der SA-Formationen

nach für Wehrformationen anderer politischer Parteien vorliegen.

Dieser Schritt des Kabinetts Schieck dürfte nicht ohne politische Folgen bleiben.

SPD. Genf, 19. April (Eig. Drahtb.)

Frankreich hat für die von fast allen Staaten verlangte Internationalisierung der zivilen Transportluftfahrt am Dienstag ein ausführliches Memorandum an die Abrüstungskonferenz überreicht.

Als Hauptziel der Internationalisierung wird die Verwendung von zivilen Flugzeugen zu Kriegszwecken erklärt. Dieses Ziel solle durch die Bildung internationaler Gesellschaften auf wirtschaftlicher Grundlage erreicht werden mit Verwaltungen, in denen sämtliche Staaten vertreten sind. Es wird auch in Aussicht genommen, einzelne Erdteile oder Teile von Erdteilen, die besonders nahe Beziehungen zueinander haben, gruppenweise zu Gesellschaften zusammenzuschliessen, die untereinander wieder durch einen gemeinsamen Aufsichtsrat verbunden sein müssten. Diesen Gesellschaften soll allein das Recht zustehen, Flugzeuge und Lenkluftschiffe über eine bestimmte Motorenstärke und Transportkapazität zu besitzen. Ebenso werden alle Bestimmungen einzeln aufgeführt, die dazu dienen sollen, die Handhabung der internationalen Gesellschaften auch im Falle irgend eines schwerwiegenden Ereignisses zu kontrollieren. Das Material und die Verteilung von Gewinnen oder die Aufbringung von Verlusten sind ebenfalls genau aufgeführt. Das Memorandum betont ausdrücklich, dass die wirtschaftliche Sicherung der Linien durchaus gegeben sei durch alle bisher erfolgten Untersuchungen.

SPD. London, 19. April (Eig. Drahtb.)

In einer ärztlichen Verlautbarung wurde am Dienstag festgestellt, dass die Besserung der Augen des Ministerpräsidenten MacDonald nach der Operation nicht angehalten habe. Trotzdem ist MacDonald am Dienstag-Abend nach Genf abgereist. Die Aerzte haben dieser Reise nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass MacDonald sich mindestens drei Stunden am Tag völlige Ruhe gönnt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Nationale Solidarität.

SPD. Adolf Hitler bemüht sich, seine Worte von Lauenburg hinwegzuleugnen, die eine Bestätigung des schweren Vorwurfs des Vaterlandsverrats darstellten. Es stehen jedoch immer neue Kronzeugen aus dem Hakenkreuzlager auf, die gegen ihn und die NSDAP zeugen. Aus ihren Worten geht hervor, was von der nationalen Gesinnung der Nationalsozialisten zu halten ist.

Der Hakenkreuzgeneral Ritter von Epp, den Adolf Hitler auf die Vorschlagsliste Harzburger Präsidentschaftskandidaten gesetzt hatte, hat in einer grossen Münchener Hakenkreuzversammlung über die Kriegsschuldfrage gesprochen. Dabei führte er aus:

"Selbst wenn die Behauptung von einer Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege wahr wäre, so könnte Bayern schliessen: "Wir sind am Kriege nicht schuld wir wurden vorner nicht gefragt, wir mussten marschieren, uns blieb garnichts anderes übrig, wir waren befohlen!"

Der General Ritter von Epp hat eine eigenartige Auffassung von der "deutschen Schicksalsverbundenheit" offenbart, von der die Nationalsozialisten in grossen Tönen reden. Seine nationale Gesinnung kann beinahe mit der nationalen Gesinnung der Separatisten konkurrieren!

Adolf Hitler, dem der Bürgerkrieg und der Putsch gegen die deutsche Regierung näher liegt als die Verteidigung der deutschen Grenzen, und sein General Ritter von Epp, der einen Dolchstoss in den Rücken derer führt, die gegen die These von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege kämpfen - sie sind einander würdig!

Das heisst beim Hakenkreuz "nationale Gesinnung"!

Es ist etwas kaputtgegangen!

Ivar Kreuger hat einen Rekord aufgestellt: er ist der grösste Betrüger und Fälscher, den der Kapitalismus bisher hervorgebracht hat. Blond, blauäugig, ein echter germanischer Typ - wer hätte das gedacht? Er stammt nicht aus Ostgalizien, sein Stammbaum ist nicht angezweifelt - und trotzdem Schieber en gros! Wo bleibt das Geschrei der antisemitischen Presse über diesen Finanzfürsten, einen der grössten, die die "Zinsknechtschaft" aufrechterhalten?

Mit seiner Entlarvung und seinem Tode wankt etwas mehr als die plumpe Agitation des Rechtsradikalismus gegen den "Judenkapitalismus" und die "jüdische Zinsknechtschaft". Es wankt die moralische Basis des kapitalistischen Systems überhaupt, und die ethische Verurteilung des Kapitalismus erhält stärksten Antrieb!

Wie reagiert die ausgesprochen kapitalistische Presse auf die Entlarvung Kreugers, nachdem die erste Sensation vorüber ist? Sie antwortet mit einer beflissenen und wütenden Verteidigung des Kapitalismus: der Kapitalismus als Sytem ist gut - nur die Kapitalisten sind schlecht! So kann man es beispielsweise in der "Frankfurter Zeitung" lesen. Wenn aber die Kapitalisten schlecht sind, wie kann der Kapitalismus gut sein?

Warum aber diese wütende, auffällige Verteidigung, diese Geflissenheit, was ist hier kaputt gegangen? Nichts anderes als das gute Gewissen der Verteidiger des Kapitalismus! Nachdem die Säule Ivar Kreuger gebrochen ist, wankt das Weltbild der Anhänger des Kapitalismus, und sie müssen sich selber Mut zusprechen!

Das Hakenkreuz, der Nervenarzt und seine Steuern.

Einer der führenden Nationalsozialisten in Halle a/Saale ist ein Nervenarzt namens Rühle. Bei der Präsidentenwahl hingen aus seiner Wohnung grosse Hakenkreuzfahnen heraus und Plakate mit der Parole: Schluss jetzt, alles wählt Hitler!

Nun sprach der Reichsfinanzminister Dietrich vor einigen Tagen in Halle. Der Nationalsozialist und Nervenarzt Rühle erschien in dieser Versammlung. Er setzte sich in die vorderste Reihe gerade gegenüber vom Rednerpult. Er wollte nicht etwa stören und lärmern - im Gegenteil. Immer und immer wieder brach er in ostentative Beifallsbezeugungen aus, und der Reichsfinanzminister Dietrich wurde auf diese Weise auf den Herrn Nervenarzt aufmerksam gemacht. Man kannte in der Versammlung den Herrn Rühle. Man verstand zunächst nicht, was mit ihm geschehen sei. Aber bald verstand man es umso besser!

Am Schluss der Versammlung liess sich der Nationalsozialist Rühle dem Reichsfinanzminister vorstellen. Er hatte ein Anliegen an ihn, eine Bitte: Mit tiefen Verbeugungen bat er alle untertänigst, der Herr Reichsfinanzminister möge geruhen, sich persönlich "in Steuersachen Rühle" zu bemühen.

"Alkohol".

Das offizielle Organ des Deutschen Brennererbeamten-Bundes, "Allgemeine Zeitschrift für die Praxis der Spiritus, Kornbranntwein und Presshefe-Industrie" führt den schönen Namen "Alkohol". In diesem Geiste hat das Blatt Stellung genommen zum Wahlergebnis vom 10. April:

"Also Herr von Hindenburg ist unter Aufbietung einer riesigen vom Steuerzahler gezahlten Propaganda wieder zum Reichspräsidenten gewählt worden, und zwar nach der Verfassung auf sieben Jahre. Ob der Himmel damit einverstanden sein wird, müssen wir abwarten."

In diesem "alkoholischen" Erguss tritt unverhüllt der Wunsch zutage, der Himmel möge ein Einsehen mit den Nationalsozialisten haben, und Hindenburg vor Ablauf seiner Amtsfrist sterben lassen. Dieser fromme Wunsch kommt von einem Organ, dessen Bezieher von den Grossagrariern abhängig sind. Man sieht, in welchem Geiste dort gehetzt wird!

Das Geschäft mit dem Totschlag.

Ein findiger Metallwarenfabrikant in Gera, der die Zeichen der Zeit verstanden hat, inseriert:

"Ein Artikel, der jetzt geht! Vertreter auf eigene Rechnung für Stahlschädelerschutz gesucht. D.R.G.M. Riesenumsatz bei Parteien. Riesenverdienst. Muster Mark 1,35."

Ob der Mann nach der Auflösung der SA pleite macht? Wenn aber das saubere Geschäft, die Spekulation mit Mord und Totschlag, nach dem Einschreiten des Staates gegen die SA nicht mehr geht, dann wird er sicher sagen: Die Sozialdemokratie ist an allem schuld! Auch daran, dass jene Industrie nicht mehr floriert, die sich mit der Herstellung von Bürgerkriegswaffen beschäftigt. Diesen Vorwurf wollen wir dann gerne tragen, wenn es durch unser Wirken gelungen sein wird, den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Deutschland ein Ende zu machen!

Aus aller Welt

Das Wunder von Tornesch.

Sägespäne = Zucker = Alkohol. - Revolution in der chemischen Industrie? -
Vom Holzabfall zum Nahrungsmittel.

SPD. "Zucker aus Holz" - das klingt für den Laien merkwürdig; aber hinter diesem Schlagwort steht eine bedeutende Idee. Einiges von dieser Idee wurde bereits Wirklichkeit. Vorläufig ist diese Wirklichkeit in Tornesch, einem Dorf bei Hamburg, zentriert. Einer unserer Mitarbeiter berichtet über seine dort gewonnenen Eindrücke:

Es begann damit, dass der junge Münchner Chemiker Dr. Heinrich Scholler in der Inflationszeit nichts zu essen hatte. Mit leerem Magen kommt man auf die merkwürdigsten Gedanken, und die des Dr. Scholler blieben immer wieder an einigen Gegenständen des Zimmers haften, die dem Nichtchemiker gar nichts Besonderes bedeutet hätten: am Tisch, an den Stühlen, am Bücherbrett. Scholler wusste, dass jedes Stück Holz eine Menge wertvolle Säfte und Kräfte enthält, die man nur zu befreien braucht, um Nahrungsmittel daraus gewinnen zu können. Aber wie? Das System, der wissenschaftliche "Trick" war noch nicht gefunden worden. Es ist zwar schon seit mehr als hundert Jahren bekannt, dass sich die Zellulose, der Grundbestandteil des Holzes, unter dem Einfluss gewisser Säuren in Zucker verwandelt, der seinerseits wieder in eine lange Reihe der verschiedensten chemischen Produkte mithilfe des Gärungsprozesses umzugestalten ist: in Alkohole, Futtermittel (in Verbindung mit Luftstickstoff), Hefe, Sprengstoffe, Glycerin, synthetischen Kautschuk, eiweißhaltige Nahrungsmittel. Schon 1819 war dem französischen Chemiker Braconot die Umwandlung von Zellulose in Zucker geglückt; und erst vor kurzem hat Bergius zusammen mit dem Münchner Nobelpreisträger Willstätter ein moderneres Verfahren entdeckt - aber alle diese Versuche wären niemals über das Laboratoriumsstadium hinausgekommen. Nur Scholler scheint nun nach Jahren intensivster Arbeit endlich ein brauchbares und rentables Verfahren zur Holzverzuckerung gefunden zu haben.

Der Zufall verschlug den jungen Münchner nach Holstein, in die kleine Ortschaft Tornesch bei Hamburg, wo eine Spritbrennerei besteht. Hier fand er Interesse, ja Begeisterung für seine Entdeckung. Die Arbeiten wurden im Grossen fortgesetzt. Aus dem Lilliput-Apparat, mit dem Scholler 1927 nach Tornesch gekommen war und der genau zehn Gramm Sägespäne fasste, wurde bis Ende 1931 ein dreissig Meter hoher Turm, der seit einigen Monaten bereits betriebsmässig arbeitet. 52 Patente sind auf das "System Scholler-Tornesch" erteilt worden.

Dieses System ist verhältnismässig einfach. Scholler hatte herausgefunden, woran es lag, dass die bisherige Zuckerausbeute aus Holz so gering war: man hatte den entstehenden Zucker zu lange dem Einfluss der Säure überlassen; der gewonnene Zucker zersetzte sich dadurch sofort weiter, und die Ausbeute schwand auf ein Minimum. Scholler führt dagegen den entstandenen Zucker gleich wieder aus dem Bereich der Säure hinweg - und das Resultat ist eine Ausbeute von etwa 40 v.H.!

Im Turm von Tornesch hängen drei riesige bombenartige Flaschen aus Gussstahl, gespeist von meterdicken Röhren, die ihnen täglich 20 000 Kilo Sägemehl, Sägespäne, Abfallholz jeder Art zuführen. Am anderen Ende fliesst eine Lösung

ab, die 8 000 Kilo Zucker enthält. Die braune, schäumende Flüssigkeit wird in Klär- und Gärbottiche weitergeleitet, um am Ende des insgesamt nur drei Tage dauernden Prozesses als Spirit zu erscheinen. Aus dem täglichen Quantum von 20 000 Kilo Abfallholz entstehen 5 000 Liter reiner Alkohol! Als Nebenprodukt wird der Holzbestandteil Lignin gewonnen, und die beim Verzuckerungsprozess entstehende Ligninmenge genügt, um als Heizmaterial die nötige Energie für die ganze Anlage zu liefern.

+

Also wertvollste Produkte aus wertlosestem Material! Eine Tonne Holzabfall kostet - falls man dafür überhaupt einen Preis ansetzen will - im Höchstenfall 10 Mark, ergibt jedoch - nach Scholler - 200 Liter Spirit; also 5 Pfennige Materialwert pro Liter. Die bisher übliche Methode des Spiritbrennens aus Kartoffeln ergibt aus einer Tonne Kartoffeln für 30 Mark 120 Liter Spirit - also 25 Pfennige Wert pro Liter!

Die Reichs-Spirit-Monopolverwaltung interessiert sich für das "System Scholler-Tornesch" schon seit Jahren. In diesen Tagen, da zum ersten Mal im "Verein deutscher Chemiker" in Hamburg öffentlich über das System Scholler berichtet worden ist, dürften auch die Entscheidungen der Monopolverwaltung getroffen werden. Der oberste Grundsatz muss hierbei sein: eine neu aufstrebende Industrie ist dann zu unterstützen, wenn ihre Blüte wirklich eine Arbeitsbeschaffung in grossem Stil und von dauerndem Wert darstellt.

Scholler geht von der Auffassung aus, dass unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine neue starke Konkurrenz verschiedener Produktionszweige nicht zu verantworten ist; insbesondere muss vermieden werden, die landwirtschaftlichen Betriebe, die vom Erlös der Kartoffelbrennerei leben, zu beunruhigen. Soll die Methode der Holzverzuckerung zum Segen statt zum Unheil werden, so muss planwirtschaftliche Aufbauarbeit geleistet werden. Man könnte sich - führt Scholler aus - den Bau von hundert Anlagen denken, jede doppelt so gross wie die von Tornesch, die in notleidende Waldgegenden verlegt werden, um der dortigen Bevölkerung neuen Verdienst zu schaffen und um zugleich die Transportkosten für das Holz zu vermeiden. Auf diese Art liessen sich jährlich zwei Millionen Tonnen Zucker und daraus wieder für 250 Millionen Produkte herstellen. Für den Absatz braucht man keine Sorgen zu haben. Insbesondere lässt sich der Prozentsatz der Spiritbeimischung für importierte Treibstoffe ausserordentlich erhöhen. Voraussetzung für diese Gross-Arbeitsbeschaffung ist jedoch, dass die Organisation der neuen Industrie von staatlicher Seite ausgeht und dass die entstehenden Fabriken als staatliche oder gemischt-wirtschaftliche Betriebe eingerichtet werden, um der Allgemeinheit zu dienen, statt ihr durch planloses Drauflosproduzieren zu schaden.

Ela.

+ + +

Wacker verurteilt! Im Berliner Bilderfälschungsprozess verkündete am Dienstag mittag Landgerichtsdirektor Dr. Neumann: "Der Angeklagte Otto Wacker wird wegen fortgesetzten Betruges zum Teil in Tateinheit mit fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Von der Anklage des Pfandbruchs wird er freigesprochen."

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, dass die Hauptverhandlung ergeben habe, dass von den dreissig durch Wacker vertriebenen angeblichen van Gogh-Bildern elf ohne jeden Zweifel Fälschungen seien. Bezüglich dieser elf Bilder habe es bei allen Sachverständigen, vor Gericht wenigstens, keinerlei Zweifel gegeben; auch das Gericht habe sich aus eigener Anschauung davon überzeugt, dass es sich hier um Fälschungen und nicht um echte aber schlechte van Goghs handle. Diese Bilder dem Meister zuzuschreiben, hiesse van Gogh verachten. Aber das Gericht - so führte Landgerichtsdirektor Dr. Neumann weiter aus - habe auf Grund seiner eigenen Urteilsfähigkeit und infolge der kunstkritischen Ausführungen der Sachverständigen Justi, Thormählen

und Ruhemann, sowie unter Berücksichtigung der aus begreiflichem Patriotismus subjektiven Einstellung der holländischen Sachverständigen vier weitere Bilder für Fälschungen angesehen, die von den holländischen Sachverständigen als echt erklärt worden seien. Zwei weitere Bilder halte das Gericht möglicherweise für echt; diejenigen Gemälde aber, die im Gerichtssaal nicht vorgelegen haben, bis auf zwei alle für gefälscht. Wacker habe allem Anschein nach gewusst, dass die von ihm vertriebenen Bilder gefälscht seien. Dass der Angeklagte Wacker in jedem Verkaufsfalle Expertisen, die die Echtheit der inkriminierten Bilder bestätigen, vorweisen konnte, spreche wohl nicht gerade für den Wert des Expertisenwesens, aber auch nicht für Wacker. Vor allem aber hätte sich die Ansicht von Wackers Schuld dadurch verdichtet, dass der Angeklagte immer wieder den grossen Unbekannten vorgeschoben habe. Der Angeklagte könne sich nur dann durch Ehrenwort zur Verschweigung des Lieferantennamens gebunden fühlen, wenn der Tatbestand, auf dem sich das Ehrenwort beziehe, in sich wahr und schlüssig sei. Wackers Erzählungen trügen aber den Stempel der Verlogenheit; aller Wahrscheinlichkeit nach existiere jener geheimnisvolle, in der Schweiz lebende russische Emigrant überhaupt nicht. Wacker habe von vornherein die Fälschungen als solche gekannt und sich die Expertisen erschlichen. Dass es sich bei Fälschung der Namensunterschrift auf Bildern um Urkundenfälschungen handele, sei im übrigen in der Rechtssprechung des Reichsgerichts bereits dargetan.

Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten. Der Vorsitzende meinte, dass Wacker als ein labiler, degenerativer Psychopath und als solcher leicht beeinflussbar sei: möglicherweise hätten ja auch andere bei der ganzen Fälschungsaffäre noch ihre Hand im Spiel. Wacker habe mehr aus Schwäche als aus Schlechtigkeit gehandelt. Es sei aber auch zu bedenken, dass durch dieses Handeln eine Reihe von Personen materiell, vor allem aber auch der deutsche Kunsthandel in seinem Ruf schwer geschädigt worden sei.

+ + +

400 Menschen obdachlos! Durch Grossfeuer wurde ein Teil der mittelamerikanischen Stadt Belize (Hauptstadt der britischen Kolonie Honduras) zerstört. 400 Einwohner wurden obdachlos.

+ + +

Vorzeitige Explosion... Bei einem Volksfest in der nahe der spanischen Grenze gelegenen französischen Stadt Narbonne explodierte eine Feuerwerksrakete vorzeitig: 5 Kinder wurden lebensgefährlich verletzt.

+ + +

Wieder Devisenschiebung. Der in Berlin W. wohnende Juwelier Weisager wurde verhaftet, weil er deutsche Wertpapiere im Gesamtwert von mindestens 600 000 Mark für ausländische Rechnung in Deutschland verkauft hat.

+ + +

Lysol statt Bier. In Brandenburg/Havel hat ein Arbeiter eine Flasche mit Lysol ausgetrunken; er hatte in der Flasche Bier vermutet. Der Unglückliche verschied nach kurzer Zeit.

+ + +

17 Bergwerksoffer! Bei einem Feuer in einem Glimmerbergwerk in der vorderindischen Provinz Hazaribagh kamen 17 Bergleute ums Leben.

+ + +

Munitionsdepot explodiert. In einem Vorort von Tokio flog ein Munitionsdepot in die Luft. 50 kleinere, leicht gebaute Häuser wurden durch den Luftdruck zerstört. Mehrere Personen erlitten schwere Verletzungen.

Wirtschaft Technik Handel

Preussen als Wirtschaftsmacht.

Die Preussenwahlen eine Etappe im Entscheidungskampf um die Zukunft der Wirtschaft.

SPD. Die grossen historischen Verdienste des neuen Preussen auf dem Gebiet der Staatspolitik, die Festigung und Verteidigung des Volksstaates gegen den Ansturm der Reaktion und des Faschismus, die Bewährung in der Verwaltung, Preussens kulturpolitische Leistungen und seine sozialpolitischen Verdienste sind weithin sichtbar. Aber auch wirtschaftlich hat Preussen wertvolle Pionierarbeit nach der Richtung hin geleistet, das ungehemmte kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden und eine neue, gemeinwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsverfassung vorzubereiten. Die mannigfaltigen wirtschaftlichen Einzelleistungen Preussens, das landwirtschaftliche Siedlungswesen, die Förderung der Bauernwirtschaft, die Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, die soziale Hebung der Landwirtschaft, die Unterstützung des städtischen Wohnungsbau, die zahlreichen Massnahmen zur Hebung von Industrie und Handel, der neue soziale Geist in der Gewerbeaufsicht und im Berufsschulwesen, die glänzende Fortentwicklung der staatlichen Unternehmungen und anderes mehr sind bekannt. Dazu treten Einwirkungen und Reformen, die einen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Gesinnungswechsel darstellten und der Erhaltung, Festigung und Erweiterung der öffentlichen Wirtschaft dienen.

Die undankbare Kleinarbeit, die in Preussen geleistet worden ist, wird in der Öffentlichkeit allzu wenig gewürdigt. Sie ist der Öffentlichkeit auch allzu wenig bekannt. Und doch war es Preussen, das sich immer wieder der übersteigerten Zollaufkräftungspolitik entgegenstemmte. Wir wissen, dass zahlreiche Zollforderungen, die die Gesamtwirtschaft nur ungünstig beeinflussen konnten, an der eindeutigen Absage der preussischen Regierungsstellen zurückprallten. Preussen hat zwar nicht die uferlose Subventionswirtschaft des Reiches, die kontrollose Hergabe von Millionen und Milliarden öffentlicher Gelder an private Grossunternehmungen und Wirtschaftszweige verhindern können. Dazu reichte sein Einfluss nicht aus. Es hat aber zielbewusst dort, wo sein Einfluss entscheidend war, die Kontrolle und die vernünftige Verwendung öffentlicher Gelder erzwungen und, wie jüngst in einem grundsätzlich bedeutsamen Fall, das Miteigentum und die Mitverwaltung der öffentlichen Hand durchgesetzt. Die ganze Politik der Preussenkasse war z.B. darauf abgestellt, ein Gegengewicht gegen die ufer- und sinnlose grossagrarisches Subventionspolitik zu bilden. Durch ein ausgebautes System der Kontrolle wurde eine wirtschaftliche Verwendung der Kredite und der öffentlichen Subventionen gesichert. Auf dem Gebiet der Subventionierung privater Grosskonzerne hat Preussen gegen den unerträglichen Zustand der Verlustabwälzung auf den Staat ohne Einräumung von Eigentums- und ausreichenden Verwaltungsrechten mit grösster Energie angekämpft; in der Oberschlesiensanierung hat Preussen durchsetzen können, dass endlich mit diesem System gebrochen wird.

Preussen war auch der starke Wall, hinter dem die kommunalen Unternehmungen gegen Übergriffe des Privatkapitals und Privatisierungsversuche Schutz fanden. Bei der Abwehr der verschiedenen Expansionsbestrebungen der Schwerindustrie, die die ganze Gasversorgung in ihre Hand bringen wollte,

fanden die Kommunen Unterstützung bei Preussen. In der grossangelegten Aus-
hungerungspolitik der Kommunen durch das Finanzkapital, das die städtischen
Versorgungsbetriebe, insbesondere die rentablen Elektrizitätswerke, in priva-
te Hand überführen wollte, war es wiederum Preussen, das finanziell und orga-
nimatorisch den bedrängten Kommunen Rückhalt bot. Als gewisse Kreise in der
Bankenkrise die Sparkassen dem allgemeinen Run gegenüber in der Zahlungsmit-
telversorgung im Stich lassen wollten, setzte Preussen die erforderlichen
Hilfsstellungen für die Sparkassen durch. So sieht die wirtschaftliche Arbeit
aus, die in Preussen geleistet worden ist.

Dazu kommen die grossen wirtschaftlichen Schöpfungen Preussens. Die preus-
sischen Wirtschaftsunternehmen haben unter schwierigen Bedingungen den Be-
weis erbracht, dass sie wirtschaftlich mindestens so leistungsfähig, wenn nicht
leistungsfähiger sind als gleichartige Privatunternehmen. Die Verquickung per-
sönlicher Interessen der Leitung in der Konzernverwaltung ist ausgeschaltet.
Die Betriebe sind krisenfest und sozialpolitisch herrscht dort, wo eine fort-
schrittliche Leitung besteht und der parlamentarische Einfluss ausreicht, ein
anderer Geist als in der Privatindustrie. Preussen hat Gegenkräfte gegen die
Schäden der grossen privaten Trusts und Konzerne entwickelt, frei von fal-
schem Partikularismus, in Zusammenarbeit mit Kommunen und Nachbarstaaten eine
breite Grundlage für die Gemeinwirtschaft geschaffen, die Arbeit einer kon-
struktiven planwirtschaftlichen Zusammenfassung geleistet. Die grosse posi-
tive Leistung in Preussens wirtschaftlicher Betätigung ist wohl die, dass sie
stets Mittel zum Zweck einer besseren Wirtschaftsorganisation und damit Mittel
zum Zweck einer besseren Versorgung der Bevölkerung war. Ueberall sehen wir
die Durchführung einheitlicher Ziele, die Ausschaltung eines verderblichen
Nebeneinander und Durcheinander, sei es auf dem Gebiet der Elektrizitätspo-
litik, sei es auf dem Gebiet des Kreditwesens oder auf dem Gebiet des Ver-
kehrs. Ueberall die gleiche Einstellung: Die Beseitigung unwirtschaftlicher
Konkurrenz.

Gewiss, die grossen wirtschaftlichen Entscheidungen werden nicht in
Preussen gefällt. Sie liegen beim Reich. Aber beim Kampf um Preussen soll man
nicht vergessen, dass es sich dabei wirtschaftlich um die Verteidigung einer
Einflussphäre gegen das Ueberwuchern grosskapitalistischer Interessenpolitik
und die Verteidigung neu aufgebauter wichtiger wirtschaftlicher Positionen, um
Ansatzpunkte und Energien für einen planmässigen Wirtschaftsaufbau handelt.
Sicher, erst wenn wir den Maschismus auf der ganzen Linie zurückgeschlagen
haben, werden wir die notwendige Umgestaltung der Wirtschaftspolitik erkämp-
fen können. Aber die Preussenwahl ist heute schon eine Etappe in diesem Ent-
scheidungskampf.

SPD. Das grösste Unternehmen in der deutschen Privatwirtschaft, die
I.G. Farbenindustrie, kurz Farbentrust genannt, zahlt für das verflossene Jahr
eine Dividende von 7 Prozent gegenüber 12 Prozent im Vorjahre. Es ist eine
Art Finanzchemie, die der Farbentrust bei seiner Dividendenausschüttung be-
treibt. Statt 7 Prozent hätte der Trust auch 6 oder 8 Prozent zahlen können.
Bilanz, in der es überhaupt keine Bankschulden, wohl aber erkleckliche Bank-
guthaben gibt, und Ertragsrechnung lassen beides zu.

Die Stärke des Farbentrust in der Finanzkatastrophe des vergangenen Jah-
res war wohl die, dass der Trust keine Bankschulden hatte, also von den Geld-
abzügen durch das Ausland nicht betroffen werden konnte. Unmittelbar zeigen
sich jedoch die Wirkungen der Krise. Im grossen und ganzen hat sich aber der
Farbentrust als äusserst widerstandsfähig und krisenfest erwiesen. Das Ge-
schäft in Farbstoffen und Färbereihilfsprodukten, in Chemikalien, in Pharma-
zeutika, Pflanzenschutz, Riechstoffen und photographischen Waren wird als be-

friedigend bezeichnet. In der Kunstseide konnte der mengenmässige Absatz gesteigert werden. Weniger gut sieht es auf dem Gebiet des Stickstoffabsatzes aus, dem die Sorge der I.G. Farbenindustrie in den letzten Monaten ganz besonders galt. Hier ist einmal das internationale Stickstoffkartell zusammengebrochen. Auf dem Stickstoffmarkt ist im verfloffenen Jahre der Kampf aller gegen alle ausgebrochen. Der Farbentrust berichtet, dass im Auslandsgeschäft der Stickstoffabsatz im Jahre 1931 aufrechterhalten werden konnte; in einigen Ländern ist sogar eine Steigerung des Absatzes festzustellen. Dass es sich hier nur um Kampfabsatz mit Kampfpreisen handelt, bei dem die I.G. Farbenindustrie wohl nicht auf ihre Kosten gekommen sein dürfte, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Insgesamt ist der Stickstoffabsatz gegenüber dem Vorjahr um ein Sechstel zurückgegangen. Für den Inlandsabsatz haben sich in den letzten Monaten die verschiedenen Massnahmen, die darauf abzielen, den Verkauf von Stickstoff besser in Gang zu bringen, ausgewirkt. Ein Teil des Rückstandes des Stickstoffabsatzes auf dem Inlandsmarkt, der zu Beginn des Jahres 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres bestand, konnte aufgeholt werden. Der Gesamtabsatz des Düngejahres 1930/31 dürfte nahezu erreicht werden. Für die Herstellung von künstlichem Benzin wird bemerkt, dass die Gestehungskosten gesenkt werden konnten. Die Benzinherstellung werde allerdings verlustbringend bleiben, solange auf dem deutschen Markt in einer Weise gekämpft wird, wie das augenblicklich der Fall ist. Auf die besonderen Pläne des Farbentrusts, die auf die Schaffung eines Einheitsbenzins und starke Abschliessung des deutschen Marktes vom Ausland hinzielen, geht der Bericht nicht ein.

Das Rohertragnis für 1931 wird mit 155,30 Millionen Mark angegeben gegenüber 217,48 Millionen Mark im Vorjahr. Es mag sein, dass das Rohertragnis durch die Entwicklung auf dem Stickstoffmarkt beeinträchtigt wurde. Im übrigen darf man annehmen, dass hier vorweg ganz bedeutende Abschreibungen gemacht worden sind. Der Reingewinn stellt sich für das Jahr 1931 auf 44,52 Millionen Mark gegenüber 89,22 Millionen Mark im Vorjahr. Von seinem Kapital zieht der Farbentrust Aktien im Betrage von 100 Millionen Mark ein. Das Umlaufkapital senkt sich damit auf 685 Millionen Mark.

Die Belegschaften sind im verfloffenen Jahre weiter abgebaut worden. Die Belegschaftsziffer im Konzern hat sich von 79 963 Ende 1930 auf 68 022 Ende 1931 gesenkt. Werden die Gruben und die kontrollierten Werke berücksichtigt, dann ergibt sich ein Absinken der Belegschaftsziffer von 114 197 Ende 1930 auf 98 716 Ende 1931.

SPD. Der Dienstag brachte einen Grosskampftag für den deutschen Kohlenbergbau, wenn man will, für die gesamte öffentliche Wirtschaft. Es handelt sich um die Angelegenheit des Ilse-Braunkohlenkonzerns, der im ostelbischen Braunkohlengebiet massgebend ist und grössten Einfluss auf das ostelbische Kohlensyndikat ausübt. Das Reich hat durch die Viag, die die reichseigenen Industrieunternehmungen zusammenfasst, ein Viertel des Aktienkapitals der Ilse erworben. Das Reich hat natürlich ein Interesse daran, in den Aufsichtsrat der Ilse hineinzukommen. Das wird dem Reich aber verwehrt. Die entsprechenden Bemühungen der Viag sind gescheitert und zwar mit Hilfe von 12 Millionen Mark Ilsevorzugsaktien, die 60 000 Stimmen repräsentieren. Aufgrund dieser Vorzugsaktien werden alle Anträge der Viag abgelehnt. Der Skandal dabei ist die Tatsache, dass auf diese 12 Millionen Mark Ilseaktien sage und schreibe 3 000 Mark eingezahlt worden sind.

Der Gegner der Viag bei der Ilse ist der Generaldirektor Friedrich Reinhart von der Commerz- und Privatbank, der ohne die Reichsgelder, mit denen seine Bank vor einigen Wochen saniert wurden, heute wohl zu den Privatiers in Deutschland zählen würde. Die Beziehungen Reinharts, der auch in der Katzen-

ellenbogenaffäre eine mehr als jämmerliche Rolle gespielt hat, zu dem aus der Tschechoslowakei stammenden Kohlenmagnaten Petschek sind bekannt.

Auf der Generalversammlung der Ilse am Dienstag entwickelten sich die Dinge nun so, dass der Vertreter des Reiches und der Viag, Rechtsanwalt Netter, den Antrag stellte, dass die oben erwähnten 12 Millionen Mark Ilseaktien nicht mitstimmen dürften, da das ungesetzlich sei. Generaldirektor Reinhart liess, eben mit Hilfe der 12 Millionen Mark Ilseaktien, über diesen Antrag nicht einmal abstimmen. Dagegen wurde von den Viagleuten Protest zu Protokoll gegeben und es wird nunmehr zu einem Prozess kommen, den das Reich und die Viag ohne Zweifel gewinnen werden. Sensation erregte in der Generalversammlung der Ilse die Darlegung des bekannten Aktienrechtlers Pinner. Pinner, ein Mann, der sich ein Menschenleben lang mit Aktiendingen beschäftigt hat, erklärte, dass das Vorgehen Reinharts ungesetzlich und willkürliche Autokratie sei. Zu erwähnen ist noch ein Antrag, der von einem Kleinaktionär eingebracht wurde und der dahin geht, Reinhart keine Entlastung zu erteilen, weil er gegen das Interesse des Ilsekonzerns falsche Auskünfte erteilt und weil er an ihn gestellte Fragen, die etwas kitzlicher Natur sind, anders als sie gemeint waren verstanden habe.

+ + +

Man fragt, weshalb die Schärfe in diesem Kampf um die Ilse? Das Reich ist ohne Zweifel im Recht. Weshalb erkennt die Ilseverwaltung dieses Recht des Reiches nicht an? Friedrich Reinhart und Konsorten sagen, man müsse die Privatwirtschaft gegen das Eindringen der öffentlichen Hand schützen. Hier wird ein Schlagwort aufgegriffen, um persönliche Interessen zu verdecken. Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um die öffentliche Hand. Es handelt sich um die Millionen, die der ostelbische Kohlenmagnat Petschek mit Hilfe der gegenwärtigen Verfassung des ostelbischen Braunkohlensyndikats einstreicht. Die gegenwärtige Verfassung des ostelbischen Braunkohlensyndikats ist so, dass Petschek alljährlich Millionen in den Schoss fallen, ohne dass er dafür etwas tut - zum Schaden der Verbraucher und des Handels. Die Klagen über die Preisgestaltung im ostelbischen Braunkohlensyndikat und die Klagen über die Belieferung des Handels wollen ja nicht abreißen. Wie Petschek aber verdient, dafür das Beispiel der Kohlenhandelsfirma Schmitz A.-G. in Berlin. Das Unternehmen, das früher der Ilse gehörte und mit Hilfe Reinharts Petschek zugeschanzt wurde, hat auch im verflossenen Jahr noch mehr als sein Aktienkapital verdient und konnte Dividenden von 50, 60 und, im letzten Jahr, 30 Prozent verteilen. Dass Petschek darauf bedacht ist, seine Machtstellung im ostelbischen Braunkohlensyndikat zu behaupten, wird angesichts dieser Tatsache jeder begreifen. Das ostelbische Braunkohlensyndikat wird aber am 1. April 1933 erneuert. Hier droht den Gewinnen Petscheks Gefahr. Die Ilse hat aber bei den kommenden Dingen im ostelbischen Braunkohlensyndikat grosse Bedeutung. So wird erst erklärt, dass Petschek die öffentliche Hand im Aufsichtsrat der Ilse nicht haben will. Man wird Petschek, Reinhart und die Herren im ostelbischen Braunkohlensyndikat belehren, dass die Bewirtschaftung der Kohle nicht dazu da ist, um ausländischen Grubenbaronen Millionenprofite zuzuschancen. Die Dinge sind in den letzten Tagen so weit gediehen, dass der Fall Ilse nicht mehr die Angelegenheit des von der Viag anzustrengenden Prozesses ist, sondern eine Angelegenheit der öffentlichen Meinung.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat am Dienstag begonnen, sich mit der Angelegenheit des Iduna-Versicherungskonzerns zu beschäftigen. Es handelt sich dabei um ein besonderes Kapitel zur Misswirtschaft in der Privatindustrie, die die eiserne Stirn aufbringt, die eigenen Sünden einem sagenhaften Marxismus an die Rockschösse zu hängen.

Dass die Iduna-Germania-Versicherungsgesellschaften dem amerikanischen Grossaktionär aus Versicherungsgeldern grosse Kredit ohne genügende Sicherung gewährt haben, ist bekannt. Die Misswirtschaft, die in diesem Versicherungskonzern herrschte, wird durch eine charakteristische Einzelheit krass verdeutlicht. Auch der Iduna-Konzern hatte die obligate holländische Gesellschaft mit den poesievollen Namen "Helga", diese wiederum eine Tochtergesellschaft mit dem vertrauenerweckenden Namen "Custodia" deren Geschäftskreis satzungsgemäss in Vermögensverwaltung und Geschäftsvermittlung bestand. Die Custodia, die Vermögensverwaltungsgesellschaft eines Versicherungskonzerns, hat nun ihr Kapital und die Kredite der Iduna-Holding A.G. in folgenden "Wer=ten" angelegt:

- 1.) 20 000 Shares der Glengary Mines Company
- 2.) 750 " " Montana Belle Oil Company
- 3.) 10 000 Schweizer Franken Anleihe der Stadt Winterthur
- 4.) eine Segelyacht
- 5.) eine Villa in Horst (Ostseebad).

Eine merkwürdige Vermögensanlage für eine Gesellschaft eines deutschen Versicherungsunternehmens: Anteile von unbekanntem amerikanischen Oel- und Bergwerksgesellschaften, eine Villa am Ostseestrand und eine Segelyacht dazu.

Der Erwerb dieser Vermögensanlagen dürfte schwerlich mit dem Versicherungsgeschäft in Verbindung stehen. Man kann sie sich nur mit Privatinteressen und Privatallüren der Konzerne erklären. Das Privataufsichtsamt als "Uebewachungsstelle" sollte sich daher schleunigst auch mit dieser "Custodia" näher befassen.

Berliner Viehmarkt.

(19. April.)

SPD. Bei glattem Handel und genügendem Angebot konnten sich die Schweinepreise am Dienstag behaupten. Dagegen setzten sich am Hammelmarkt stärkere Preissteigerungen durch. Hier war das Angebot weniger reichlich. Auf dem Kälbermarkt stand Bedarf an guten Tieren. Der Rindermarkt war mit Ochsen weniger besetzt. Das Geschäft war am Schluss des Marktes ziemlich glatt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) = (-), b) (240 - 300 Pfd.) 37 - 38 (37-38), c) (200-240 Pfd.) 36-38 (36-37), d) (160-200 Pfd.) 34-36 (34-35), e) (120-160 Pfd.) 32-33 (31-32), Sauen 33-35 (33-34), Schafe: b) 37 - 39 (35-37), c) 33 - 35 (32-34), d) 23 - 32 (20-30). Kälber: b) 50-60 (52-60), c) 30-52 (30-50), d) 18-26 (18-28). Kühe: a) 24-26 (24-27), b) 20-23 (20-24), c) 16-19 (16-19) d) 12-15 (13-15).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 19. April. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 106, abfallende Sorten 96 R $\frac{1}{2}$. Tendenz: ruhig.

Vor der Futterweizenaktion.

(Berliner Produktenbörse vom 19. April.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Dienstag die Stimmung für Weizen abgeschwächt. Infolge der bevorstehenden Einfuhr von Futterweizen kam ein etwas grösseres Angebot an mittleren Qualitäten heraus, dem die Kauf= lust der Mühlen nicht entsprach. Infolgedessen musste die Notierung für Loko= weizen um eine Mark herabgesetzt werden. Am Markt der Zeitgeschäfte zeigten sich nur unwesentliche Aenderungen, die nach unten wiesen. Der Roggenmarkt verharrte weiter in seiner Lebllosigkeit. Die Lokonotiz blieb unverändert. Im Zeithandel ergaben sich teilweise leichte Abschwächungen. Der Mehlmarkt blieb lustlos bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer war schwächer veran= lagt.

	18. April	19. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	263 - 266	262 - 264
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	190 - 195	190 - 195
Futter- und Industrierogerste	180 - 190	180 - 190
Hafer	164 - 169	162 - 167
Weizenmehl	31,75-37,50	31,75-35,50
Roggenmehl	26,25-27,75	26,25-27,75
Weizenkleie	11,60-11,85	11,60-11,85
Roggenkleie	10,40-10,70	10,40-10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 273½ plus Brief (Vor= tag 274½), Juli 278½ plus Brief (278½), September 227 plus Brief (227½). Rog= gen Mai 195½ plus Brief (195½), Juli 197½, (197½), September 186 (187), Hafer Mai 174-173½ (175½), Juli 179½-179 Brief (181).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 19.4.32.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM 1,40-1,65
" " Weizenstroh "	" 1,15-1,30
" " Haferstroh "	" 1,10-1,25
" " Gerstenstroh "	" 1,10-1,25
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" 1,35-1,65
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" 1,30-1,45
" " Weizenstroh	" 1,15-1,30
Häcksel	" 1,90-2,10
	Tendenz fest
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 1,45-1,65
Gutes Heu, gesund und trocken	" 2,15-2,55
Luzerne, lose	" 2,40-2,70
Thymothee, lose	" 2,50-2,80
Kleeheu, lose	" 2,30-2,60
Drahtgepresstes Heu	" 0,40 über Noti
	Tendenz fest.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Denkt an den Lohn!

Preussenkampf ist auch Lohnkampf.

SPD-Irrren ist menschlich, aber auf dem Irrtum beharren, ist - vor allem in der Wirtschaft - unmenschlich; denn die Folgen dieser Verbortheit haben gerade in einer Krise die breiten Massen auszubaden, weil sie sich dann nur sehr schwer zur Wehr setzen können. Auf dem Irrtum, auch jetzt noch mit Lohnabbau die durch die Krise geschaffenen Schwierigkeiten meistern zu wollen, verharren die Spitzen der Arbeitgeber mit erstaunlicher Hartnäckigkeit. Die Forderung, einen gesunden Binnenmarkt zu schaffen, wie sie auf dem Krisenkongress der Gewerkschaften von dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun mit besonderem Nachdruck unterstrichen worden ist, beunruhigt die Lohnabbauapostel. Schon meldet sich "Der Arbeitgeber", die Zeitschrift der Ver einigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und erklärt, das Argument, dass man angesichts des Rückgangs der Ausfuhr und der Ausbreitung der Autarkie tendenzen aus Gründen der Erhaltung der Massenkaufkraft die Binnenmarktlöhne nicht den Exportlöhnen angleichen dürfe, werde in der nächsten Zeit in gewissen Schichten der Öffentlichkeit zwar verfangen, sei aber nichts desto weniger gründlich falsch.

Abbau der Binnenmarktlöhne! Das Reichsarbeitsministerium will einen solchen Abbau in bestimmten Grenzen. Die Arbeitgeberspitzen wollen mehr. Sie verlangen Anpassung, weil sich die Unkosten des Binnenmarktes nach dem Wertgefüge des zusammengeschrumpften Weltmarktsektors der deutschen Wirtschaft richten müssten. "Entweder" - so sagen sie - "müssen die deutschen Preise sinken, wobei die Weltmarktpreise der Richtungspunkt sind, oder die Währung wird gefährdet. Voraussetzung und Begleiterscheinung der deutschen Preissenkung ist die Senkung der Produktionskosten, also auch der Löhne."

Das grausame Spiel zwischen Preis- und Lohnsenkung soll also nach dem Willen der Arbeitgeberspitzen so wie bisher fortgesetzt werden. "Der Arbeitgeber" will mit dem Kopf durch die Wand. Er will im Export die Konkurrenz durch immer weiteren Lohnabbau schlagen und zwar durch Lohnabbau auf der ganzen Linie: nicht nur beim Exportlohn, sondern auch beim Binnenmarktlohn. Er will uns auf diese Weise vor der Inflation retten.

Das nennt man den Teufel durch Beelzebub vertreiben. Dem Arbeiter kann es schliesslich doch egal sein, woran er zugrunde geht: am Hunger der Inflation oder am Hunger des Lohnabbaus. Der Arbeiter will keine Inflation und keinen Lohnabbau. Das ist das Problem. Die Aufgabe ist, zwischen diesen beiden Klippen hindurch zu steuern. Dass der bisherige Lohnabbau gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt keine Luft schaffen konnte, steht fest. Er wird es auch weiterhin nicht können. Es gehört nicht viel Mutterwitz dazu, das zu begreifen. Exportsteigerung ist erst dann wieder möglich, wenn die Krise abebbt und damit auch die Autarkietendenzen zurückgehen. So lange die Krise weiter wütet und ihre politischen und wirtschaftlichen Wurzeln nicht ausgerottet sind, ist weder mit Preis- noch mit Lohnabbau etwas zu erreichen. Die Preise sind gefallen, die Löhne sind gefallen, die Löhne mehr als die Preise, aber die Arbeitslosigkeit, die die Arbeitgeber immer wieder mit Lohnabbau einzudämmen versprechen, ist nicht zurückgegangen. Bei uns, in England, in Amerika, in allen hochkapitalistischen Ländern das gleiche Bild.

Man darf also erwarten, dass die Regierung sich nicht noch einmal von Leuten, die auch künftighin mit Lohnabbau in der Wirtschaft herumpfuschen wollen, ins Garn locken lässt. Vielleicht hört der Reichsarbeitsminister wenigstens auf die Warnung der christlichen Gewerkschaften. Das "Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" hat dieser Tage im Zusammenhang mit den Tarifikündigungen nachdrücklichst betont, dass das Argument von den weit überhöhten Binnenmarktlöhnen an sich nicht mehr berechtigt ist. Es handle sich hier zum grossen Teil um gelernte und hochqualifizierte Arbeiter, deren Löhne bereits erheblich gesenkt worden seien. "Man muss", so sagt das Zentralblatt, "damit rechnen, dass, wenn die Binnenmarktlöhne immer noch mehr gesenkt werden, es später heissen wird, dass nunmehr die Löhne in den anderen Gewerben im Verhältnis zu den gesenkten Binnenmarktlöhnen zu hoch seien."

Das Reichsarbeitsministerium muss bei der von ihm geplanten Angleichung der Binnenmarktlöhne an das allgemeine Lohnniveau die Kirche im Dorf lassen. Es hat jetzt für die Lohnregelung der Bauarbeiter drei Sonderschlichter bestellt. Die Lohnsätze der Gemeindearbeiter sind in der Schwebe. Im Buchdruckgewerbe wird die Lohnfrage aller Wahrscheinlichkeit nach auch aufgerollt werden und ebenso plant man eine Revision der Transportarbeiterlöhne. Nach diesem Restlohnabbau soll nach den Versicherungen des Reichsarbeitsministers Schluss sein mit dem grausamen Spiel. Die Arbeitgeber glauben nicht daran. Und wir wollen keine Vogelstrausspolitik treiben und vor Gefahren den Kopf in den Sand stecken. So lange die Krise weiter wütet, ist der Lohn bedroht. Deshalb ist der Kampf gegen die Krise nach wie vor das Gebot der Stunde.

Kampf gegen die Krise? Ja wie denn? wird der Arbeiter fragen. Wie? Jeder Arbeiter hat die Möglichkeit, zu seinem Teil an diesem Kampf mitzukämpfen. Die am kommenden Sonntag stattfindenden Wahlen bieten eine solche Möglichkeit. Man hat schon vor Jahren Preussen die Ordnungszelle des Reiches genannt. Ein Kind kann heute fast schon erkennen, dass ohne geordnete Verhältnisse Deutschland seinen schweren aussenpolitischen Kampf, den Kampf gegen die Reparationen und all die anderen entscheidenden Ursachen des Krisenelends nicht erfolgreich führen kann. Ist in Preussen der Traum des Dritten Reiches ausgeträumt, dann wird sehr bald im ganzen Reich wieder die Vernunft die Oberhand bekommen. Ohne Politik des gesunden Menschenverstandes kommen wir aber nicht weiter. Der Kampf um Preussen ist nicht nur ein Kampf darum, ob da und dort in der Verwaltung ein paar sozialdemokratische Landräte sitzen oder nicht. Er ist auch ein Kampf um die Existenz des Arbeiters. Otto Braun in Preussen ist wenigstens eine Möglichkeit und eine gewisse Sicherheit dafür, dass die Lohnfüte nicht noch inhaltloser wird, als sie schon ist. Wer den Hunger bekämpfen will, kämpft am Sonntag mit Otto Braun und für ihn und wählt die Liste Braun-Severing.

SPD. Die vom Reichsarbeitsministerium zur Regelung der Bauarbeiterlöhne ernannten drei Sonderschlichter haben ein gutes Stück Arbeit zu bewältigen. Ob sie damit bis zum 1. Mai, d.h. zum Ablauf der alten Löhne fertig werden, ist noch sehr die Frage. Dr. Krimmich soll die Löhne im Süden und Westen des Reiches, Dr. Kramer die im Osten und östlichen Mitteldeutschland und Lichtenstein die des Westens, Nordwestens und westlichen Mitteldeutschlands in Ordnung bringen. Verfahren von amtswegen werden nicht eingeleitet, sondern nur Verfahren auf Antrag der Parteien. Solche Anträge liegen bereits vor.

Im Berliner Baugewerbe, dessen Schiedsspruch von beiden Teilen abgelehnt worden ist, wird man allem Anschein nach zunächst einmal den Gang der Dinge bei den Sonderschlichtern abwarten, bevor ein neuer Schritt erfolgt. Hoffentlich gibt man in den übrigen Bezirken für das Berliner Baugewerbe, das man mit zehn Prozent Lohnabbau sanieren will, ein gutes und nicht ein schlech-

tes Beispiel. Es gibt allerdings sogar Bauarbeiter, denen noch nicht einmal 10 Prozent genügen. Sie wollen 13 und mehr Prozent und auch das zunächst nur für ein halbes Jahr, weil sie glauben dann nochmals abbauen zu können.

Gerade im Baugewerbe sollte man sich - auch aus psychologischen Gründen hüten - den Bogen zu überspannen. Der Bauarbeiter befindet sich heute in einer furchtbaren Lage. Hunger tut weh, und sicherlich können die Unternehmer auch Arbeitskräfte zu billigerem Lohn als zu den Tarifsätzen erhalten. Aber die Schlichtung soll sich ja gerade in der Not bewähren, d.h. sie soll den Teil schützen, der der schwächere ist.

SPD. Der Superintendent Möhring aus Naumburg hat in seinem "Naumburger Kirchenboten" den Arbeitslosen die Leviten gelesen. Er sagt: "Es ist eine unbeabsichtigte aber schlimme Nebenerscheinung des Versorgungssystems, dass es grosse Teile unseres Volkes zu Langschläfern erzieht. Erst um die Mittagszeit beleben sich die Stehplätze der Arbeitslosen auf dem Naumburger Markt. Vorher sind sie selbst an schönen Tagen leer, weil der Morgen im Bett so schön ist."

Der Herr Superintendent weiss nichts davon, dass Spazierengehen für einen armen Teufel auch eine Kehrseite hat: es macht Hunger. Von jeher war es daher für einen armen Teufel stets vorteilhafter zu schlafen, als herumzu=laufen.

Der Herr Superintendent ist auch sonst noch ein toller Heiliger. Er meint: "Die Versicherung für die Zeit der Arbeitslosigkeit war der grösste Fehler, der in der Lösung der sozialen Frage gemacht worden ist."

Wenn wir von dieser heiligen Einfalt Notiz nehmen, dann nur, um zu zeigen, dass die faschistisch-nationalistische Reaktion auch heute noch bei fast sieben Millionen Arbeitslosen es fertig bringt, die Opfer der Krise als Faulenzer zu beschimpfen.

SPD. Die Berufungsklage des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die Eisenindustrie Nordwest auf Weiterzahlung des im Schiedsspruch vom Dezember 1927 und im Severing-Schiedsspruch vom Dezember 1928 vorgesehenen Lohnausgleich wurde vom Landesarbeitsgericht Düsseldorf abgewiesen. Die zweite Instanz stellte sich wie die erste auf den Standpunkt, dass der Spruch vom Dezember 1931, der den Spruch vom Februar 1927 wieder in Kraft setzt, den Lohnausgleich beseitigt habe.

Ob der DMV Revision einlegen wird, steht noch nicht fest. Wie wir hören, will man in Kürze in Essen im Anschluss an eine Sitzung über die Regelung der Tarife in der Heizungsindustrie die Frage klären.

SPD. Auch der Allgemeine Deutsche Bäderverband jammert über die sozialen Lasten, zugleich aber fordert er Unterstützung durch die Oeffentlichkeit. Er will die Bäderbetriebe konzessioniert haben, um die Konkurrenz zu erschweren. Er fordert wissenschaftliche Förderung des Bäderwesens mit öffentlichen Mitteln, Bevorzugung der deutschen Bäder durch das Publikum, Einschränkung der gemeinnützigen Fremdenheime in den Bädern usw.-

Man fordert und fordert und schlägt denen, von denen man Hilfe fordert, zugleich ins Gesicht.
